

Südhessen Morgen vom 08.06.2005

"Straßensanierung in Neuschloß: Christdemokraten im Stadtparlament isoliert?"

CDU will gegen den Verwaltungsvorschlag stimmen, der Lampertheimer Haushalt mit mindestens zwei Millionen Euro zusätzlich belasten würde

Lampertheim. Die bevorstehende Stadtverordnetenversammlung könnte für die Koalition ungemütlich werden. Denn in der Frage der Straßensanierung in Neuschloß herrscht unter den vier Bündnispartnern Uneinigkeit. Ein Konsens wird bis Freitag nicht zustande kommen. Er soll auch nicht erzwungen werden.

Stattdessen hat sich die CDU auf ihre oppositionelle Haltung in den Ausschüssen festgelegt: Eine 3,8 Millionen Euro teure Straßensanierung soll es nicht geben. Dies aber war die Empfehlung des Magistrats, der in den Ausschüssen um Zustimmung für die so genannte Variante 2 geworben hatte (wir berichteten). Parteisprecher und Stadtverordnetenvorsteher Dieter Meyer hatte seine konträre Meinung hierzu bereits in den Ausschüssen zu Protokoll gegeben. Im Gespräch mit dieser Zeitung bekräftigte er: "Wir bleiben bei der Variante 1." Diese besagt, dass lediglich die Privatgrundstücke im Straßen- und Gehwegsbereich dekontaminiert werden sollen. Die Kosten in Höhe von 2,08 Millionen Euro würde in diesem Fall das Land Hessen tragen. Die finanzielle Differenz zur Variante 2 in Höhe von abermals knapp zwei Millionen Mark müsste die Stadt begleichen.

"Hier geht es um 'ne ganze Menge Geld", begründet Meyer auf Anfrage die Abwehrhaltung seiner Fraktionskollegen. Er erkennt vor allem kein akutes Gefahrenpotenzial, das eine Sanierung zum Zeitpunkt geboten erscheinen lasse: "Wenn man die Gefahren ganz ausschalten wollte, müsste man noch tiefer graben", meint er. Stattdessen gebe es im Stadtgebiet etliche Investitionsvorhaben, die ihrer Umsetzung harren. Dabei will der Christdemokrat die Bedeutung dieser "unheimlich wichtigen Entscheidung" keineswegs schmälern. Dennoch wolle die CDU als größter Bündnispartner den Koalitionären bei ihrer Meinungsbildung freie Hand lassen. Zu einer Sollbruchstelle für die Koalition will Meyer die Entscheidung über die Straßensanierung aber nicht hochreden lassen. Auch wenn die SPD - sie neigt der Verwaltungsempfehlung zu - sich diesen Konflikt theoretisch zunutze machen könnte.

Was sie erklärtermaßen nicht will. Auch FWG-Chef Ulrich Guldner ist die Frage des Sanierungsumfangs in Neuschloß zu wichtig, um sie wahltaktischen Überlegungen zu opfern. Die 3,8 Millionen Euro veranschlagten Kosten erscheinen ihm mit Blick auf den Investitionsbedarf im gesamten Stadtgebiet durchaus als hoch. Die FWG wolle der Verwaltung deshalb eine Liste vorlegen, in der sie um Klärung offener Fragen bittet. Dies betrifft etwa auch die Konkretisierung der Zusagen von Versorgungsunternehmen, sich an den Sanierungskosten zu beteiligen. Die Grünen wollen nach Angaben ihres Fraktionschefs Helmut Rinkel ebenso höhere Gewissheit über die Beteiligungszusagen, bevor sie der - von ihr favorisierten - Variante 2 zustimmen. Der liberale Neuschlosser Ortsvorsteher Gottlieb Ohl hat zwar Verständnis für die finanziellen Bedenken. Dennoch halte es die FDP unter dem Gesichtspunkt der Gefahrenabwehr, der vorbeugenden Gefahrenverhütung und der Sicherheit der Bewohner für erforderlich, die nötigen Investitionen zu tätigen.

Laut Bürgermeister Erich Maier ist eine "belastbare Zusage" der Versorger pure Illusion. Die geschätzten Einsparpotenziale seien aber "nicht aus der Luft gegriffen". Grundstückseigentümer wie Verwaltung bräuchten nun eine Grundsatzaussage, wie in der Frage der Straßensanierung weiter verfahren werde. Für den Bürgermeister wäre es wenig glaubwürdig, jetzt klein beizugeben, nachdem die Sanierung des Altlastenstandorts seit Jahren mit Priorität behandelt werde. Und er stellt auf Anfrage klar: "Auch die Neuschlosser sind Lampertheimer."

(Von Uwe Rauschelbach)